

Zeitschrift: Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum

Herausgeber: Forum Helveticum

Band: 4 (2003)

Rubrik: Medien = Médias

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Medien

Médias

HALBHERZIGE LIBERALISIERUNG

Hans Heinrich Coninx

Die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) wurde mit dem erklärten Willen in Angriff genommen, den Radio- und TV-Markt in der Schweiz zu liberalisieren. Handlungsbedarf war gegeben, denn als zu gross wurde die Privilegierung der SRG gegenüber privaten Betreibern empfunden. Es war auch gegeben, weil die schweizerischen Privatsender gegenüber privaten ausländischen Anbietern benachteiligt sind. Der im Dezember 2000 veröffentlichte Vernehmlassungsentwurf des Bundesrats vermochte nicht zu überzeugen. Er trug dem Leitgedanken der Liberalisierung nur ungenügend Rechnung.

Seit Dezember des letzten Jahres liegt nun die Botschaft des Bundesrates vor, die er den Eidgenössischen Räten zur RTVG-Revison zugehen liess. Sie umfasst mehr als 250 Seiten. Das Gesetz selbst besteht aus 119 Artikeln. Wenn man davon ausgeht, dass echte Liberalisierung eine schlankere Gesetzgebung bedeuten müsste, entspricht das vorgeschlagene Gesetz dieser Erwartung nicht. Der Inhalt dieses Konvoluts kann höchstens als ein Schritt in die richtige Richtung gewürdigt werden.

Das Gesetz trägt ein Janus-Gesicht. Einerseits enthält die Revision Ansätze einer begrüssenswerten Liberalisierung im Radio- und TV-Markt. Andererseits will der bundesrätliche Vorschlag aber immer noch zu viele der heute gelgenden Einschränkungen beibehalten und sogar zusätzliche einführen. Dazu zählen vor allem Eingriffe in die Medienfreiheit.

Konnte man etwas anderes erwarten? Auf Grund bisher gemachter Erfahrungen in der schweizerischen Radio- und Fernseh-Gesetzgebung wohl nicht. Denn immer wenn die Politik ordnungspolitische Regeln entwickelt, kommt es so heraus. Nichts Neues also. Und nichts Neues ist es, dass der Bundesrat, wie in anderen Branchen auch, die Überwachung des Vollzugs der Gesetzgebung an eine unabhängige Sachverständigen-Kommission delegiert, an die «Kommission für Fernmeldewesen und elektronische Medien».

Im Folgenden will ich anhand einiger Beispiele aus dem neuen RTVG die Zwiespältigkeit zwischen hehrer Absicht und gesetzgeberischer Realität darstellen.

Das Gesetz greift zu weit

Zu begrüssen wäre die Stossrichtung des bundesrätlichen Vorschlags, wenn sie den privaten Radio- und TV-Veranstaltern mehr unternehmerische Freiheit gewähren würde. Gegenüber dem seinerzeitigen Vernehmlassungsentwurf wäre dies ein Fortschritt. Das neue RTVG unterwirft Radio und Fernsehen jedoch einer Sondergesetzgebung. Das bedeutet: Radio und Fernsehen werden strenger behandelt als andere Medien, wie zum Beispiel Presse, Film oder Plakate.

Diese Ungleichbehandlung ist grundsätzlich fragwürdig. Denn selbst dann, wenn man ein Sondergesetz prinzipiell befürwortet, darf es nur Dinge regeln, die spezifisch für Radio und Fernsehen Geltung haben. Der vorliegende Gesetzestext regelt jedoch Bereiche, die auch andere Medien betreffen, zum Beispiel Werbeverbote und Fragen der Marktkonzentration. Diese beiden Bereiche sind deshalb nicht im RTVG, sondern anderswo zu regeln. Das Verbot der politischen Werbung gehört nicht in das RTVG, sondern ins Gesetz über die politischen Rechte. Hier ist eine Entflechtung dringend vonnöten.

Die Revision des RTVG böte zudem die Chance, den schweizerischen Markt für private Veranstalter zu öffnen. Der Bundesrat hat diese aber nicht wahrgenommen, sondern auf halbem Weg Halt gemacht. Die Vorlage lässt den Privaten nicht die nötige Freiheit, um gegen die ausländische Konkurrenz und die gebührenfinanzierte SRG antreten zu können. So sind nach wie vor zahlreiche Einschränkungen der Werbe- und Sponsoringfreiheit vorgesehen, die im europäischen Recht (EÜGF) nicht vorkommen. Diese Benachteiligung muss beseitigt werden.

Einschränkung der Medienfreiheit

Das Ziel der Revision des RTVG müsste eine Liberalisierung der elektronischen Medienlandschaft sein. In Tat und Wahrheit sieht die Vorlage aber neue, einschneidende Eingriffe in die Medienfreiheit vor. Geplant sind:

- neue Massnahmen gegen die Medienkonzentration,
- eine Verstaatlichung der Ombudsstellen und
- neue Verwaltungssanktionen.

Diese Vorschläge sind abzulehnen, und ich will dies im Folgenden begründen.

Erstens: Massnahmen gegen die Medienkonzentration (Art. 82 und 83 E-RTVG)

Nach den Vorstellungen des Bundesrates soll die «Kommission für Fernmeldewesen und elektronische Medien» (Kommission) völlig unabhängig von einem Konzessionierungsverfahren und ohne äusseren Anlass bei einer «Gefährdung der Meinungs- und Angebotsvielfalt» eingreifen können (Art. 82). Die vorgesehenen Massnahmen reichen bis zum Zwang, einzelne Unternehmensbereiche oder Beteiligungen aus dem Unternehmen herauszulösen (Art 83). Dies ist eine Verschärfung der Gesetzgebung. Denn nach geltendem Recht muss die konzessionierende Behörde lediglich darauf achten, dass der Bewerber die Meinungs- und Angebotsvielfalt nicht gefährdet. Die neue Regelung würde bedeuten, dass auch bei einem rein inneren Wachstum oder bei wirtschaftlich begründetem Wegfall eines Mitbewerbers, Eingriffe möglich sind.

Das hat nichts mit Liberalisierung zu tun. Denn Mühe wird bereits die Definierung und Bestimmung des Begriffs «publizistische Vielfalt» bereiten. Die Praxis zeigt, dass das Medienangebot nicht kleiner wird, sondern ständig wächst. Nicht wenige Medien haben überdies die Funktion von Foren, in welchen durchaus unterschiedliche Meinungen zum Ausdruck kommen. Auch zwischen den verschiedenen Produkten eines Medienhauses herrscht in der Regel publizistischer Wettbewerb.

Eingriffe, wie die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen, werden sich kontraproduktiv auswirken. Eine solche «Strukturpolitik» schwächt die wirtschaftliche Basis der Medienunternehmen und damit die Angebotsvielfalt. Richtigerweise sollen in der laufenden Revision des Kartellgesetzes die besonderen Umsatzschwellen bei der Medienfusionskontrolle aufgehoben werden, womit eine stossende Ungleichbehandlung beendet wird und die Verlagshäuser mehr Bewegungsfreiheit erhalten. Umso unverständlicher ist es, dass der Bundesrat in der RTVG-Revision Massnahmen vorsieht, die der Liberalisierung zuwider laufen. Meines Erachtens ist die Thematik Medienkonzentration abschliessend im Kartellgesetz zu regeln. Sie gehört nicht ins Radio- und Fernsehgesetz.

Zweitens: Verstaatlichung der Ombudsstellen

Nach heutigem Recht muss jeder Veranstalter über eine unabhängige Ombudsstelle verfügen. Neu soll die Kommission selbst eine sprachregionale Beschwerdestelle für die privaten Anbieter einrichten, die ihr administrativ zugeordnet ist (Art. 97, Abs. 1). Die SRG hingegen wird ihre Ombudsstellen nach wie vor selbst einsetzen können (Art. 97, Abs. 2). Dies ist eine weitere Privilegierung der staatlichen Radio- und Fernsehgesellschaft gegenüber den privaten Betreibern von Sendern.

Die angestrebte Verstaatlichung der Ombudsstellen trägt darüber hinaus zentralistische Züge. Sie stellt im Vergleich zur bisherigen Praxis einen klaren Rückschritt dar. Denn die privaten Ombudsstellen arbeiten effizient und unbürokratisch und garantieren den Beschwerdeführern kurze Wege und eine rasche Erledigung der Fälle. Die vorgesehene Regelung ist auch deshalb unnötig, weil der Instanzenzug über die Unabhängige Beschwerdeinstanz (UBI) und das Bundesgericht bereits eine umfassende Rechtskontrolle sichert. Gleichzeitig würde das Verfahren damit verrechtlicht, was erfahrungsgemäss einvernehmliche Lösungen erschwert oder gar verhindert. Kommt dazu, dass eine Verstaatlichung zu einer Erhöhung von Aufwand und Kosten führen würde.

Manchmal kann man über die schweizerische Gesetzgebung wirklich nur stauen. Im Zusammenhang mit der Geldwäscherie-Problematik wurden für Finanzmediäre private Selbstregulierungs-Organisationen vorgeschrieben, welche die Einhaltung der Geldwäscherie-Vorschriften zu überwachen haben. Es ist nicht einzusehen, weshalb man in unserem Fall das System der privaten Selbstkontrolle nicht will.

Drittens: Unverhältnismässige Verwaltungssanktionen

Gemäss geltendem Recht können Betreiber von Sendern bei Verletzung bestimmter Pflichten mit einem Betrag von bis zu 50'000 Franken gebüsst werden. Neu soll die Kommission Verwaltungssanktionen bis zu zehn Prozent des in den letzten drei Geschäftsjahren in der Schweiz erzielten Umsatzes aussprechen können (Art. 96). Diese Regelung wäre nicht nur unverhältnismässig sondern auch weit überrissen. Sanktionen in der vorgeschlagenen Höhe haben den Charakter von «punitive damages». Man muss sich vor Augen halten,

dass es sich meist um Verstöße von geringer Tragweite handelt, zum Beispiel um die Verletzung der Bestimmungen über die Unterbrecherwerbung.

Benachteiligte Private

Diese drei Beispiele zeigen den Geist des neuen Gesetzes. Das Parlament ist gut beraten, wenn es das Gesetzeswerk einer gründlichen Begutachtung unterzieht. Denn es enthält noch einige weitere Widersprüchlichkeiten. Ich denke hier – um nur ein Beispiel anzuführen – an die vorgesehene Regelung des Gebührensplittings zwischen der SRG und privaten Anbietern, welche die SRG schont, und die Privaten benachteiligt. Dieses Thema, das die Betreiber von privaten Sendern schon seit langem und sehr intensiv beschäftigt, wird im vorliegenden Bulletin des Forum Helveticum an anderer Stelle behandelt.

POUR DES RADIOS RÉGIONALES FORTES, VARIÉES ET INDÉPENDANTES

Claude Defago, Pierre Steulet

Sur l'essentiel, les attentes de l'Union romande de radios régionales (RRR) vont dans le même sens que celles du Verband Schweizer Privatradios (VSP). Les RRR estiment qu'il est de la plus haute importance de:

1. Protéger le paysage radio et télévisuel de la Suisse.

Notre pays est connu pour être un modèle au niveau de ses institutions politiques. Son paysage audiovisuel doit également devenir un modèle, et ce notamment pour faire face à la concurrence étrangère.

2. Préserver les moyens de la SSR et des radios et télévisions privées pour:

- favoriser la diversité de l'information à l'heure des concentrations,
- maintenir, voire renforcer le fédéralisme,
- nourrir le débat démocratique,
- préserver le multiculturalisme de la Suisse,
- renforcer la complémentarité avec la SSR.

Quelle est la situation actuelle?

Les radios régionales offrent des prestations de service public toujours plus élevées. Elles assurent notamment:

- la retransmission en direct de séances des parlements cantonaux,
- le suivi des élections et votations cantonales mais aussi et surtout communales,
- la diversité indispensable de l'information, là où il n'y a plus qu'un seul quo-tidien,
- des informations urgentes à caractère régional, notamment lors de catastrophes naturelles comme Lothar, comme les inondations en Valais, etc.,

- un service public de proximité que la SSR ne peut pas produire.

Les radios régionales investissent considérablement dans la formation de leur personnel

En l'absence de formation officielle des professions de la radio, les journalistes stagiaires des radios régionales suivent les cours du Centre romand de formation des journalistes (CRFJ). Depuis 1997, les RRR ont mis sur pied des cours de formation organisés avec le Studio Ecole de France, de Paris. Depuis 2001, des cours sont également organisés en collaboration avec la SSR. Ces cours de formation continue sont suivis chaque année par vingt à trente professionnels de toute la Suisse romande (journalistes et animateurs) déjà familiers avec leur activité radiophonique. Ces cours sont dispensés par des professionnels reconnus de la branche. Cette formation bénéficie bien entendu à la SSR puisque les meilleurs éléments y sont tôt ou tard engagés.

Il faut noter qu'il n'existe malheureusement toujours pas de filière de formation pour la plupart des métiers de la radio, tels que: animateur, vendeur de publicité radio, technicien, activité de mise en onde de spots publicitaires. Toutes ces activités spécifiques à la radio s'apprennent donc sur le tas. Elles représentent toutefois une pression supplémentaire sur les radios, qui doivent trouver et former le personnel adéquat.

La concurrence existe, elle est saine

La concurrence n'empêche pas les radios privées de Suisse romande de travailler de concert avec la Radio Suisse romande et avec la Direction générale de la SSR, pour défendre les intérêts du média radio.

Les radios régionales et TV privées n'ont pas les mêmes droits que la presse écrite au plan commercial

Sur le plan commercial, les radios et TV privées devraient avoir les mêmes droits que la presse écrite dans le domaine de la publicité. Pour mémoire, la presse écrite est soumise au Code des Obligations (CO). Les RRR estiment que ce dernier est également suffisant pour régir les relations des radios et télévisions, si l'on met en place les garde-fous qui sont nécessaires pour assurer une bonne gestion des ondes. Les interdits publicitaires – en particulier ceux concernant la publicité politique mais aussi la publicité sur l'alcool, le tabac et

les médicaments – sont en réalité une forme de protectionnisme en faveur de la presse écrite.

Quelles sont les recettes des radios privées?

En 2001, sur 4.5 milliards de francs de revenus publicitaires, 63,35% sont allés à la presse écrite et 2.83% seulement aux radios privées (source: Wemf/Remp). Si la situation s'est améliorée en 2002, nous sommes toutefois encore loin des chiffres des pays qui nous entourent, dont la part radio peut monter jusqu'à 8%. Il faut ajouter que les radios périphériques ne bénéficiant pas de l'attrait des grands centres urbains, leur part est largement inférieure à 2.83 %.

Qu'attendent les RRR de la loi? Elles demandent que les points sui-vants (a.-h. ci-dessous) soient pris en compte:

a. *La loi doit protéger les radios et TV privées des groupes étrangers*

Les radios françaises NRJ et Nostalgie arrosent les deux tiers de la Suisse romande depuis la France. Ce groupe achète maintenant des radios en Suisse alémanique. Or, en France un média suisse ne peut acquérir que 20% du capital d'un média français. Comme l'expérience montre que le Conseil supérieur de l'audiovisuel (CSA, France) respecte rarement ses engagements, peut-être faudrait-il songer à appliquer la règle de la réciprocité.

b. *Les Chambres fédérales doivent attribuer à l'Etat le contrôle d'accès aux quatre niveaux de fréquence*

Pour le moment, le projet de loi prévoit la réglementation suivante:

Niveau 1 SSR: fréquence attribuée à la SSR

Niveau 2 Radio Régionale avec redevances: fréquence attribuée à la radio régionale + part de la redevance

Niveau 3 Radio Régionale sans redevance: fréquence attribuée à la radio régionale, mais sans attribution de redevance, car la radio a un réservoir publicitaire assez étendu

Niveau 4 libre: Ce niveau 4 pose problème, selon les RRR

Niveau 4 – Quel est le problème?

Dans le projet de loi, le 4^e niveau d'accès aux fréquences est libre: il suffit de s'annoncer pour obtenir une fréquence libre. En pratique, cela signifie qu'une radio étrangère pourrait «grignoter» des fréquences, comme cela s'est fait en France, portant ainsi préjudice aux radios régionales présentes dans ces cantons, et qu'elle pourrait causer à terme la disparition de ces mêmes radios régionales. Cette réglementation laxiste du niveau 4 met en péril le 2^e et le 3^e niveau. Il faut que cet accès soit plus contraignant.

c. Pour les RRR, la loi doit également assurer une meilleure couverture des régions périphériques

La loi doit prévoir des moyens financiers permettant une couverture correcte des régions périphériques. Par exemple, L'Arc jurassien compte 44 émetteurs, dont six dans des tunnels de plus de 800m pour 300'000 habitants. Un émetteur «couvre» donc 6'700 habitants. Par comparaison, une radio telle que Radio 24, qui émet à Zurich et dans les environs, dispose de 3 émetteurs pour 1.1 millions d'auditeurs potentiels, c'est-à-dire 1 émetteur pour plus de 367'000 habitants. Or, les frais relatifs aux émetteurs, tels que l'achat, l'installation, le financement, sont à la charge des radios régionales.

d. La pérennité des radios régionales sises dans les cantons et régions périphériques ne sera assurée qu'avec un soutien renforcé de la redérence

En outre, cet appui ne devrait plus être assorti de contraintes pesantes, telles que l'interdiction de diminuer une perte reportée ou encore de constituer la réserve légale dans le cadre d'une société anonyme.

e. Les collaborateurs des radios aspirent à des conditions de travail comparables à celles de l'économie dans son ensemble

Des conventions collectives sont souhaitées par les syndicats et par les patrons, lorsque les conditions financières le permettent.

f. L'existence des radios régionales, qui fournissent un programme de service public, est étroitement liée à la redevance, même si l'essentiel de leurs revenus provient de la publicité

On le voit, le niveau de la redevance est un élément essentiel pour les radios et TV privées. Les RRR demandent donc que le législateur fixe le pourcentage de la redevance pour les radios et TV dans la loi comme suit:

- 4% de la redevance radio pour les radios régionales
- 4% de la redevance TV pour les télévisions régionales

g. Reconnaître les radios bilingues et leurs besoins spécifiques

h. Exiger de Swisscom Broadcast une politique de prix qui ne soit pas exorbitante

Swisscom Broadcast possède une position dominante, puisque l'ancien monopole lui a permis de s'octroyer quasi gratuitement tous les bons sites d'émission, tels que Les Ordons, La Dôle, Le Chasseral, le Saentis, etc. Des sites où il est impossible aux radios régionales de s'installer.

En conclusion, le projet du CF est cohérent et bon. Quelques retouches sont toutefois encore nécessaires. Il faut consolider l'acquis, basé maintenant sur vingt ans d'expérience, en évitant toutefois d'ajouter des contrôles inutiles.

L'Union romande de radios régionales regroupe:

Fréquence Jura, Radio Canal 3, Radio Chablais, Radio Cité Genève, Radio FM, Radio Framboise, Radio Fribourg, RJB Radio Jura Bernois, Radio Lac, Radio Meyrin, RTN, World Radio Geneva

RÉGULATION DES MÉDIAS: UN PEU DE COHÉRENCE!

Alfred Haas

Il nous a été demandé d'évoquer les perspectives pour les médias électroniques sur la base de la révision de la Loi fédérale sur la radio et la télévision (LRTV), en laissant le champ libre pour l'appréciation de l'un ou l'autre point plus spécifique. Nous donnons ci-après un éclairage, celui de l'Association d'éditeurs de journaux et périodiques de Suisse romande.

Un rappel et une appréciation globale

Fondamentalement, nous plaidons pour une séparation claire entre les médias audiovisuels et électroniques de la SSR SRG idée suisse et les opérateurs privés. Cela signifie: que la SSR bénéficie de la redevance et que la publicité soit restreinte sur ses médias. Que la caisse «redevances» soit aussi étouffée que possible pour financer ses programmes et ses productions, à la bonne heure! Mais que l'on ne vienne pas y puiser sous les prétextes les plus divers. Ainsi, nous nous étions montrés plutôt réservés concernant le splitting, estimant que les médias électroniques ne bénéficiant pas de la redevance auraient un large accès au marché de la publicité. Nous développerons ces points.

Selon l'art. 93 CF, la Confédération est compétente en matière de radio et télévision. Cette même disposition rappelle à son al. 4 que «la situation et le rôle des autres médias, en particulier de la presse, doivent être pris en considération». C'est donc un exercice d'équilibre subtil auquel doit procéder la Confédération. Y est-elle parvenue?

Le projet de révision totale de la LRTV, adopté par le Conseil fédéral le 18 décembre 2002, avait au moins un mérite: celui du financement clair de la SSR et des opérateurs privés. Le politique est passé par là et un compromis plus ou moins heureux a été avancé. Ce projet n'en contient pas moins nombre de dispositions peu convaincantes, spécialement du point de vue de la presse écrite. Nous ne retiendrons dans ce rapide survol que les dispositions qui méritent une attention particulière de la part des éditeurs de journaux.

Un peu de clarté législative s.v.p.

Certes, la publicité à la radio demeurera interdite pour la SSR. Mais, comme aujourd’hui, cette interdiction ne figure pas dans la loi, ce qui permet au Conseil fédéral de la lever comme bon lui semble. Quelques reculs de la publicité, du sponsoring et voilà une SSR qui ne se privera pas de demander au Conseil fédéral l’introduction de la publicité sur ses chaînes radio. Cette situation ne nous satisfait pas. Nous demandons par conséquent que la loi contienne *expressis verbis* cette interdiction, car nous redoutons que la SSR fasse pression sur le Conseil fédéral pour introduire la publicité à la radio et que ce dernier ne résiste pas au chant des sirènes, aucune interdiction formelle ne se trouvant dans la loi.

Haro sur les «Garden Center», marchands de café et autres «parrains» (art. 14)

Le parrainage sert essentiellement à promouvoir l’image d’une entreprise. Est-ce encore le cas, lorsque l’on nous annonce – sous forme de parrainage d’émission – que le Garden Center X ouvrira un nouveau centre à Matran? Le parrain n’a pas d’autre but que d’inciter les acheteurs potentiels à se rendre sur son nouveau site afin d’y acheter fleurs, plantes ou autres. On peine également à suivre le raisonnement de ceux qui affirment que l’assurance ou le marchand de meubles qui sponsorise l’horloge précédant le «19:30» sponsorise la montre et non l’émission d’information. Ce sont des opérations commerciales. Un point c’est tout!

Le premier projet avait le mérite de la clarté, puisqu’il envisageait d’interdire purement et simplement le parrainage à la SSR. Cette interdiction aurait permis d’éliminer les abus qu’on constate actuellement, spécialement à la radio, où le parrainage sert souvent à contourner l’interdiction des spots publicitaires. Malheureusement, le projet définitif renonce à cette interdiction, ainsi qu’à toute règle précisant que la mention du parrain ne saurait «inciter à conclure des actes juridiques concernant des biens ou des services offerts par le sponsor», comme le prévoyait le projet de 2000. Il est vrai que l’idée d’une interdiction du parrainage a refait surface.

C'est également la raison pour laquelle, soit dit en passant, nous souhaitons une interdiction formelle de la publicité sur les chaînes radios de la SSR, afin d'éviter la tentation de combler la perte du parrainage par des spots publicitaires. Une régulation laxiste des médias électroniques de la SSR aura, à plus ou moins brève échéance, comme conséquence de les mettre en concurrence avec la presse, que le législateur entend précisément encourager.

Financement par l'Etat (art. 31 et 37) – financement des prestations journalistiques de la SSR pour l'étranger et de la politique sociale de la Confédération

Le projet prévoit que pour les prestations journalistiques de la SSR destinées à assurer le rayonnement à l'étranger, la Confédération, «en règle générale», ne rembourse les frais occasionnés qu'à hauteur de 50%, le reste étant couvert par la redevance. On ne voit pas pourquoi une partie serait à la charge des auditeurs et téléspectateurs suisses. Actuellement, l'information par Internet et les restes de Radio Suisse Internationale coûtent environ 45 millions par an, et les participations aux télévisions linguistiques internationales (3 Sat, TV5) environ 4.8 millions. En ne payant que la moitié de la facture, la Confédération met à la charge du public suisse un montant de 25 millions environ. A nos yeux, il y aurait lieu de prévoir un dédommagement plein et entier. Il est vrai que l'évolution technique peut contribuer à baisser la facture.

Concernant les bénéficiaires de la complémentaire AVS, nous avons toute compréhension pour l'aide que la Confédération entend leur fournir. Mais franchement: pourquoi ne leur financerait-on pas leur(s) abonnement(s) à leur journal ou magazine, la lecture impliquant une démarche active, bienvenue pour l'exercice intellectuel? L'art. 93 al. 4 dit que, dans l'aménagement du cadre régissant la radio et la télévision, il sera tenu compte de la situation et du rôle des autres médias, «en particulier de la presse». Il est évident qu'une redevance trop importante aurait des effets négatifs pour la diversité des journaux et des périodiques, que l'on veut par ailleurs favoriser. Le respect de la Constitution impose de concevoir le financement de la SSR de manière à ce qu'il n'ait pas de tels effets. Il est donc inadmissible de faire payer au public suisse cette somme de 50 millions, qui devrait à nos yeux être payée par le budget social de la Confédération.

Puiser dans le produit de la redevance revient à la pousser à la hausse. Nombre d'auditeurs et de téléspectateurs ne peuvent pas consacrer des moyens illimités

aux médias. Comme ils ne peuvent pas échapper au paiement de la redevance, sous peine de se priver complètement de la radio et de la télévision, le risque est grand qu'ils renoncent à des abonnements à des journaux ou périodiques si la redevance devait atteindre des niveaux par trop élevés. En d'autres termes, par des mesures indirectes, le législateur favorise le terrain des médias électroniques au détriment de la presse.

Autres activités de la SSR (art. 32) – les activités de tous les dangers

Cet article vise les activités que la SSR pourrait vouloir exercer dans le domaine de l'édition (*K-Tipp, saldo*), d'Internet ou du multimédia, par exemple. La SSR a créé des sites Internet pour promouvoir ses émissions, ce qui est tout à fait normal. Ce qui l'est moins, c'est qu'elle se lance dans une série d'activités qui n'ont plus rien à voir avec sa mission de base et surtout que tôt ou tard elle utilisera ses sites pour attirer vers elle de la publicité pour les financer.

Selon le projet définitif, la SSR doit annoncer préalablement toute activité non prévue dans la concession qui risque de porter atteinte à la position ou à la mission d'autres entreprises suisses de médias. Nous aimerais ajouter «ou d'autres médias», dans le sens de l'art. 93 al. 4 Cst.: «si une telle activité compromet l'exécution du mandat ou entrave considérablement le développement d'autres entreprises de médias», le Département compétent peut imposer des charges, ou interdire l'activité. Cet article n'est pas suffisamment restrictif et le projet de 2000 était meilleur sur ce point, car il prévoyait que la SSR devait obtenir l'approbation pour des activités ou des prises de participation risquant de porter atteinte à la position ou à la mission d'autres entreprises de médias. Il prévoyait que ces activités ne devaient pas compromettre l'accomplissement du mandat de la SSR et devaient «préserver les possibilités de développement des autres entreprises de médias».

La SSR dispose d'une position dominante à la volonté du législateur qui lui accorde année après année un bon milliard de francs à titre de redevance. Le fait qu'elle utilise cette position pour étendre ces activités et s'imposer dans des domaines où, sans cet avantage de départ, elle n'aurait aucune chance n'est pas acceptable. La concurrence est faussée et il y a purement et simplement atteinte à la liberté de la presse, lorsque la SSR en vient à concurrencer des éditeurs traditionnels. Donc, à nouveau le projet de LRTV favorise les autres médias au détriment de la presse.

Conclusions

L'art. 93 al. 4 de la Constitution fédérale fixe le principe de la prise en compte de la presse par rapport aux autres médias. Soit!

Mais dans les faits, voici ce qui se produit:

- On demeure vague et imprécis: certaines dispositions très approximatives de la LRTV laissent la porte ouverte à des évolutions qui ne pourront se faire qu'au détriment de la presse.
- On supprime une forme d'aide indirecte: parallèlement, la Confédération – qui répète à l'envi qu'il faut aider la presse – a supprimé 20 millions de francs qu'elle versait à La Poste pour faire bénéficier la presse locale et régionale par abonnement de tarifs préférentiels d'acheminement. D'où augmentation des tarifs postaux dès le 1^{er} janvier 2004.
- On veut s'ingérer dans les structures d'entreprises de presse: la Commission des Institutions politiques du CN veut faire le bonheur des éditeurs malgré eux et leur offrir, à certaines conditions, une aide directe. Pour ce faire, le projet de la CIP n'hésite pas à vouloir s'ingérer dans les structures d'entreprises.
- On entrave le regroupement de forces et la présence de groupes de presse financièrement forts et sains, en donnant un pouvoir quasi discrétionnaire à une commission de veiller à la pluralité des opinions.

Enfin, l'évolution technique fait que la tendance est favorable aux médias électroniques. Les éditeurs membres de PRESSE ROMANDE qui y recourent d'ailleurs volontiers l'ont bien compris: ils viennent d'adopter pour leurs sites Internet une Charte de qualité qui garantit à l'utilisateur les mêmes critères que pour la rédaction des supports papier (www.presseromande.ch).

NACHHOLBEDARF FÜR DIE PRIVATRADIOS – ENDLICH BESSERE PERSPEKTIVEN!

Günter Heuberger

20 Jahre Privatradios

Die Privatradios feiern dieses Jahr in der Schweiz ihren 20. Geburtstag. Am 1. November 1983 begannen sieben Sender das Abenteuer Lokalradio. In den folgenden Monaten und Jahren kamen über 40 weitere Stationen dazu. Heute senden wir in allen Landesteilen sowohl in den grossen Agglomerationen als auch in ländlichen Gebieten. Die Privatradios sind so vielfältig wie die Schweiz. Im bevölkerungsstarken Mittelland vom Genfersee bis zum Bodensee stehen die privaten Sender im Wettkampf um die Hörerinnen und Hörer mit den achtzehn Radioprogrammen der SRG und mit über 50 ausländischen Sendern. SRG SSR idée suisse und Ausland senden ab Höhenstandorten mit mehr Leistung und verfügen so über einen entscheidenden Vorteil für die Benutzerfreundlichkeit. Wir Privatradios müssen unseren Hörern alle zehn Kilometer einen Senderwechsel zumuten. Die Perspektiven der Privatradios sind deshalb schon von der Technik her eingeschränkt.

Gebührensplits ist durch Technologieförderung zu ergänzen

Die Botschaft und der Entwurf des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) behandeln die aktuelle und zukünftige technische Entwicklung der elektronischen Medien aus juristischer Sicht. Das Gesetz bremst zukünftige Entwicklungen nicht, sondern setzt wegweisende Leitplanken. Es erleichtert den konzessionierten Veranstaltern die Zugangsmöglichkeiten zu terrestrischen Frequenzen wie auch zum Kabel. Ungenügend ist aber die fehlende Zuteilung von Fördermitteln im Gesamtbereich der elektronischen Medien.

Zwar wird das sinnvolle Gebührensplits der Privatradios auf die Privatfernsehen ausgedehnt. Allerdings darf das Gebührensplits nach meiner Ansicht nicht noch weiter ausgebaut werden. Das Schwergewicht der Gebührenanteile soll an zweisprachige Lokalradios und an Radiostationen in Bergregionen fliessen. Ich bin aber auch der Meinung, dass Gelder aus allgemeinen Bundesmitteln – also nicht Gebührengelder – projektbezogen an technische Entwicklungen entrichtet werden sollten. Damit könnten Ideen zur

Weiterentwicklung von technischen Möglichkeiten in den Bereichen Radio und Fernsehen wirksam unterstützt werden. Hier ist der Vorschlag des Bundesrates noch zu wenig innovativ.

Es gibt Politikerinnen und Politiker, die noch immer meinen, 30 oder 40 Artikel würden im neuen RTVG genügen. Eine solche Auffassung geht an der Realität vorbei. Die uneingeschränkte freie Marktwirtschaft funktioniert bei den Medien nicht. Sie hat im Gegenteil, wie die Praxis zeigt, gar versagt. Die Medienkonzentration schreitet weiter fort. Mir geht es darum, sowohl die Eigenständigkeit unserer Medienlandschaft wie auch den Besitz durch schweizerische Körperschaften zu bewahren. Ich sage daher unmissverständlich: Ich will keine österreichischen Verhältnisse, die ausschliesslich von marktwirtschaftlichen Zielsetzungen geprägt sind. So gelang es den deutschen Grossverlagen in Österreich Fuss zu fassen. Dies würde auch in der Schweiz zu massiven ideellen Verlusten führen: Zuerst beim Radio, dann beim Fernsehen und schliesslich noch im Printbereich. Ich bin daher überzeugt, dass es auch in Zukunft eine starke SRG braucht, damit wir nicht vom Ausland beherrscht werden. Auf der anderen Seite sind auch für die privaten Veranstalter Sicherheiten nötig, dass sie ihre Programme weiterhin terrestrisch und über Kabel zu den gleichen Bedingungen verbreiten können.

Marschhalt bei der SRG unter Abgabe von Frequenzen

In den Beratungen in der Kommission und anschliessend im Parlament geht es nun im Wesentlichen darum, dass die SRG auf Spartenprogramme verzichten muss, ebenso auf Werbung und Sponsoring beim Radio. Wir streben damit ein duales Mediensystem an. Ein zukunftsgerichtetes System, das nur bei der Fernsehwerbung und bei der Unterstützung von zweisprachigen Privatradios und Stationen in Berggebieten sowie für wenige Regionalfernsehen durchbrochen wird. Die SRG kann weiterhin auf die Gebühreneinnahmen zählen, die privaten Stationen erhalten parallel mehr Freiraum auf kommerzieller Ebene. Und zum Schutz der Privaten sollte das Gesetz die SRG zu einem Marschhalt verpflichten. Sie darf keine neuen Programme einführen und verliert den Anspruch auf zusätzliche Frequenzen. Bei dieser klaren Aufteilung unterstützt der Verband Schweizer Privatradios den Gesetzesentwurf des Bundesrates.

Ein entscheidender Punkt in der späteren Umsetzung des revidierten RTVG wird die Verteilung der UKW-Frequenzen sein. Heute verfügt die SRG über 80 Prozent aller Frequenzen und die Privatradios nur über 20 Prozent. Der

Verband Schweizer Privatradios (VSP) fordert schon länger eine Verdopplung der privaten Frequenzen auf 40 Prozent. Die SRG müsste sich auf die Service public-Angebote in den Sprachregionen beschränken. Mit 40 Prozent der Frequenzen könnten die Privaten ihre regionalen Service public-Leistungen ausbauen und neben dem vorherrschenden Rock/Pop-Mainstream ergänzende und alternative Programmformate aufbauen. Die Privatradios sollten in diesem Bereich frei sein, Verbünde und Zusammenschlüsse zu realisieren, um beispielsweise ein Newsprogramm für die Deutschschweiz zu lancieren. Hier versucht die SRG noch schnell – vor Abschluss der Revision des RTVG – in der Romandie neue Tatsachen zu schaffen.

Umstellung auf DAB – Private gehören in die erste Reihe

Die Privatradios fordern schon lange eine Förderung der neuen Technologien. Bald in ganz Europa wird die Umstellung des UKW-Empfangs auf DAB (Digital Audio Broadcasting) vorbereitet. Während überall staatliche Gelder in die Entwicklung und den Aufbau der DAB-Netze fliessen, ist dies in der Schweiz nicht geplant. Dadurch kann die SRG aus den Empfangsgebühren den DAB-Aufbau bezahlen und die Privaten stehen wiederum in der zweiten Reihe. Diese Entwicklung führt dazu, dass am Schluss nur noch grosse inländische oder ausländische Medienunternehmen in der digitalen Zukunft Privatradios betreiben können. Damit werden die Absichten der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen auf den Kopf gestellt, welche sich klar für eine föderalistische Radiolandschaft Schweiz mit einem Nebeneinander von nationalem (SRG) und regionalen Service public (Private Veranstalter) ausgesprochen hat.

Eine aus Persönlichkeiten des Bundesamtes für Kommunikation, der SRG, der Privatradios und unabhängigen Fachleuten gebildete Expertengruppe hat soeben fünf mögliche Szenarien für die künftige Ausgestaltung der UKW-Versorgung vorgestellt. Die Privatradios favorisieren die qualitative Verbesserung in unseren benachteiligten Verbreitungsgebieten und die Ausarbeitung des Modells «Bandsplit», welches eine Aufteilung des UKW-Bandes in eine separate Nutzung für die SRG und die privaten Veranstalter vorschlägt. Dieses Modell gäbe den Privatradios den Zugang zu Höhenstandorten und die Möglichkeit, einzeln oder im Verbund nationale Spartenprogramme auszustrahlen. Für solche Perspektiven, die eine nachhaltige Stärkung der privaten Veranstalter, verbunden mit der Schaffung von zukunftsträchtigen Arbeitsplätzen, mit sich bringen würde, lohnt sich der Einsatz auf allen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Ebenen!

RETten, WAS NOCH ZU RETTEN IST REGIONALFERNSEHEN BIETEN EINEN UNERLÄSSLICHEN SERVICE PUBLIC IM NAHBEREICH

Filippo Lombardi

Das wäre schön: Eine völlig freie Radio- und Fernsehlandschaft, ohne jegliche Marktverzerrungen, wo jeder Veranstalter seine Inhalte dem Publikum frei anbietet und sich selbstständig am Markt finanziert, ohne staatliche Konzessionen, Kontrollen, Gebühren und Subventionen. Aber die Realität sieht ganz anders aus, wie wir alle wissen. Wenn wir jetzt eine Gesamtrevision des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) vornehmen, können wir diese Realität nicht ignorieren und damit die Fehler der Vergangenheit wiederholen.

Der Markt ist nicht unbedingt zu klein

Aus historischen Gründen und dank einer heimatschützerischen Gesetzgebung haben wir eine starke SRG SSR idée suisse, die ihre exklusive Rolle als nationaler und sprachregionaler Veranstalter – mit etwa einer Milliarde Franken Gebührengelder – klugerweise mit dem Begriff «Idée suisse» gerettet und die privaten Anbieter aus dem Spiel gedrängt hat. Unter anderen gesetzlichen, technischen und finanziellen Bedingungen hätte vielleicht eine andere Lage entstehen können. Der Schweizer Markt ist nicht unbedingt zu klein, um mehreren Veranstaltern eine Chance zu geben, wie immer wiederholt wird.

Aber heute ist es einfach so: Entweder haben wir ein nationales öffentliches Fernsehen mit einer Reihe von Privilegien und Vorteilen, das den nationalen Zusammenhalt fördert, die sprachlichen Minderheiten gleichwertig bedient und die ausländischen Sender noch konkurrenzieren kann, oder wir haben keines. Denn kein Privater würde und könnte dies leisten. Und niemand ist bereit – obwohl die SRG oft und manchmal zu Recht kritisiert wird –, diese zentrale Rolle in Frage zu stellen.

Die einzige politische Frage lautet deshalb: Wollen wir neben dieser unbestrittenen, starken SRG auch noch eine lebendige regionale Fernsehszene, oder wollen wir keine? Wenn wir eine solche ausgewogene Fernsehlandschaft

wollen, wo die Regionalen im Nahbereich die SRG ergänzen (mit Information, Kultur, Politik, gesellschaftlichen Themen usw.), dann müssen wir die entsprechenden Bedingungen im Gesetz schaffen.

Den Regionalen eine faire Überlebenschance geben

Deshalb haben die achtzehn Regionalfernsehen der Schweiz – vereint im Verband TELESUISSE – die RTVG-Revision seit langem erwartet. Deshalb halten sie diese für dringend. Deshalb waren sie mit dem Vorentwurf des Bundesrats im Jahr 2000 sehr unzufrieden. Deshalb sind sie mit dem heutigen Entwurf zufrieden. Es ist zu bedauern, dass die Pioniere Tele 24 und TV 3 sterben mussten, um diese Wende zu ermöglichen. Aber wichtig ist jetzt, die Realität gut einzuschätzen und mit dieser Revision zu retten, was noch zu retten ist: Nämlich den regionalen Veranstaltern eine faire Überlebenschance zu geben und ihnen die Wahrnehmung ihrer Rolle zu ermöglichen.

Das heisst nicht nur Gebührensplitting, wie zu viele meinen. Das heisst mehreres: Die Anerkennung der exklusiven Funktion dieser Sender im regionalen Service public (eine Funktion, die die SRG nicht auch zentralistisch übernehmen soll, mit viel höheren Struktukosten und Pluralismusverlusten), deren Verankerung in einer Konzession, die Sicherung der Verbreitung durch einen privilegierten Zugang zu den Kabelnetzen und durch Frequenzen in der digitalen terrestrischen Verbreitung und – schliesslich – die Abdeckung der finanziellen Bedürfnisse mittels einer mässigen Asymmetrie der Werberegeln und eines angemessenen Gebührensplittings.

Die Idealisten – oder «Wunschdenker» –, die davon nichts wissen wollen und von einem abstrakten «dualen System» sprechen, in welchem sich die Privaten nur über den freien Markt finanzieren sollen, vergessen einerseits die Service public-Rolle der Regionalen im Nahbereich und anderseits die Tatsache, dass die «Empfangsgebühren» kein SRG-Abonnement darstellen. Die Zuschauer sind gesetzlich gezwungen, diese zu bezahlen, nur weil sie ein Empfangsgerät haben, unabhängig davon, ob und wie oft sie SRG-Programme nutzen.

Von einem dualen System kann man höchstens im Radiobereich sprechen, wo die SRG keine Radiowerbung anbieten darf (wobei sie dieses Verbot mit zu weit gehendem Sponsoring oft umgeht). Im Fernsehbereich hingegen würde eine radikale Anwendung des britischen, rein dualen Systems (keine Werbung

und kein Sponsoring für die SRG) oder des deutschen Systems (keine Werbung nach 20 Uhr für die SRG) die starken ausländischen Sender und deren Schweizer Fenster mehr begünstigen als die hiesigen Privatsender. Wir werden deshalb zu einer Mischfinanzierung gezwungen: Die SRG *und* die Privaten sollen in angemessener Weise vom Markt und durch Gebühren finanziert werden.

Nur so kann die Marktverzerrung, die durch die hier nicht bestrittene Bevorteilung der SRG entstanden ist, kompensiert werden. Welcher Zeitungsverleger könnte überleben, so frage ich immer, wenn die Eidgenossenschaft mit Steuergeldern täglich in alle Haushalte sechs gute Tageszeitungen – zwei pro Amtssprache – liefern würde, und wenn und obendrein diese sechs Zeitungen das faktische Monopol der nationalen Werbung für sich in Anspruch nehmen könnten?

Die drei Säulen der Finanzierung

Als ehemaliger Zeitungsdirektor habe ich gelernt, dass die Finanzierung von Zeitungen auf drei ausgewogenen Säulen basieren muss: Auf jenen der Abonnemente, der nationalen Werbung und der lokalen Werbung. Im Fernsehbereich waren bis jetzt die ersten zwei Säulen (Gebühren und nationale Werbung) praktisch ausschliesslich der SRG vorbehalten. Dies hat zu einem massiven, unlauteren Wettbewerb geführt, der eben das Sterben vieler Privatprojekte und die hohen Verluste der noch überlebenden erklärt. Es geht jetzt darum, die Nachteile der Privaten mit einer mässigen Asymmetrie der Werbeordnung zu kompensieren, ohne die SRG unnötigerweise zugunsten der ausländischen Sender zu benachteiligen.

Asymmetrie kann deshalb nur heissen, dass – wenn die bestehenden Einschränkungen für die SRG erhalten bleiben – die Privaten allen anderen Werbeträgern gleich gestellt werden müssen. Als notwendig erachtete Verbote wären in den entsprechenden Gesetzen (wie jene für Alkohol, Heilmittel, politische Rechte usw.) und nicht im RTVG zu verankern. Für die Privaten sollten übrigens zusätzliche Möglichkeiten bezüglich Werbezeiten, Unterbrecherwerbung und Verkaufssendungen geboten werden.

Nur durch eine Anpassung der heutigen Bedingungen – eine gewisse Asymmetrie der Werbeordnung zugunsten aller Privaten und ein angemessenes Splitting der Gebühren für die konzessionierten Regionalen (was der SRG

nicht schadet) – lässt sich die heutige desolate Lage ändern. Sonst werden wir bald keine Regionalfernsehen mehr haben oder wenigstens keinen Sender mit vernünftigen Programmen und journalistischen Inhalten, der zur Meinungsvielfalt beiträgt, seinem Publikum dient, seine Region unterstützt, die Qualität gewährleistet und ethische Werte vertritt.

EINE STARKE IDÉE SUISSE FÜR EINE STARKE SCHWEIZ DAS NEUE RADIO- UND FERNSEHGESETZ GEFÄHRDET MIT FALSCHEN MASSNAHMEN DAS RICHTIGE ZIEL

Armin Walpen

Die Ausgangslage für ein neues Radio- und Fernsehgesetz ist gut. Bei den wesentlichen Punkten herrscht weitgehend Einigkeit: Die Schweiz braucht einen starken nationalen Service public. Die SRG SSR bietet mit der Idée suisse diese Leistung. Dazu braucht es wirtschaftlich überlebensfähige regionale Veranstalter bei Radio und Fernsehen. Dank einem erweiterten Gebührensplitting soll deshalb die Idée régionale gestärkt werden. Strittig ist jedoch die Umsetzung der Ziele: Im Entwurf ist ein massiver Ausbau der staatlichen Aufsicht und Kontrolle vorgesehen, zudem sollen die Einnahmemöglichkeiten der SRG SSR eingeschränkt werden, ohne dass die regionalen Anbieter davon profitieren können. Tritt das Gesetz wie heute vorgesehen in Kraft, dürften viele verlieren: Die Administration erhält mehr Macht und Geld, die Programmveranstalter werden finanziell und unternehmerisch in ihrer Konkurrenzfähigkeit eingeschränkt und das Publikum bezahlt mehr Gebühren für weniger Leistungen.

Grundsätzlich zeichnen sich die Diskussionen um das neue Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) durch einen Sinn für die Realitäten der Schweiz aus. Standen in den achtziger Jahren noch ideologische Argumente im Vordergrund und prägten in den neunziger Jahren die Visionen der technologischen Konvergenz und der New Economy die Debatten, sind heute realistische und pragmatische Vorstellungen dominant. Dazu gehört die Einsicht über die kleinen schweizerischen Märkte, der Bedeutung der internationalen Konkurrenzfähigkeit und Ansprüche an schweizerische Medienangebote, die nicht allein kommerziellen Kriterien genügen müssen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass der Spielraum für schweizerische Radio- und Fernsehangebote wirtschaftlich und inhaltlich begrenzt ist, dafür aber umso sorgfältiger genutzt und verteidigt werden muss. Bei den Arbeiten am neuen RTVG darf man deshalb nicht das Ziel aus den Augen verlieren: Der Schweiz auch in Zukunft ein vielfältiges, eigenständiges und qualitativ ansprechendes Rundfunkangebot zu gewährleisten, das in der Konkurrenz zu den ausländischen Angeboten in der Schweiz bestehen kann.

Überreglementierung gefährdet Ziele

Dieses Ziel wird jedoch bei der konkreten Ausgestaltung des Gesetzes schnell aus den Augen verloren. Der vom Bundesrat verabschiedete Entwurf gefährdet die guten Ansätze leider durch eine Haltung, die von einem Ausbau der Behördenadministration, neuen Kontrollinstanzen sowie Einschränkungen der finanziellen und unternehmerischen Entwicklungsmöglichkeiten geprägt ist. Das Gesetz ist stark von der Perspektive der Verwaltung geprägt, die sich mehr Einfluss verschaffen und vermeintliche Probleme der Vergangenheit mit neuen Gesetzesartikeln regeln will. Dies widerspricht jedoch den Ansprüchen an öffentliche Medien in einer modernen Demokratie grundsätzlich: Die staatliche Unabhängigkeit der Medien ist ein zentrales Gut. In der Schweiz wurde dank einer föderalistisch aufgebauten Trägerschaft des öffentlichen Rundfunkanbieters und einer transparenten Gebührenfinanzierung aufgrund eines politischen Auftrages und einer starken öffentlichen Kontrolle ein Mediensystem entwickelt, in dem die Einflüsse von Politik, Wirtschaft und – nicht zu vergessen – des Publikums gut ausbalanciert werden.

Der Entwurf für das neue RTVG versucht nun diese Balance durch eine Überadministration in Richtung Verwaltung zu verschieben. Verantwortungen und Kompetenzen sind nicht mehr klar zugeordnet. Die Behörden würden Entscheidungsbefugnisse übernehmen, die heute beim Zentralrat und insbesondere beim verwaltungsratsähnlichen Zentralratsausschuss der SRG SSR liegen; die unternehmerische Führung würde dadurch erheblich erschwert. Während heute Entscheide und Aktivitäten nachträglich auf Rechtmäßigkeit überprüft werden, müssten sie in Zukunft von Behörden genehmigt werden. Der Preis wäre eine Dominanz der Administration sowie eine Einschränkung des professionellen und unternehmerischen Handelns. Das Publikum würde in diesem Szenario nur eine Nebenrolle spielen. Dabei zeigt das heute funktionierende Mediensystem in der Schweiz, dass ein erfolgreicher Service public dank einem ausgewogenen Kräfteverhältnis von Publikum, Politik und Wirtschaft funktionieren kann. Im neuen RTVG sollte diese Balance gestärkt und nicht geschwächt werden.

Stärkung von allen

In einer kleinen Schweiz müssen die beschränkten Ressourcen auf allen Ebenen optimal genutzt werden, damit sie ihr Ziel, einen international konkurrenz-

fähigen Service public im Medienbereich, erreichen kann. Die Erfahrungen mit Medien in der Schweiz zeigen, dass ein vielfältiges gutes Angebot in einer komplementären Konkurrenz bestehen kann. Es gilt in erster Linie, die Branche als Ganzes zu stärken, mit Qualitätsprodukten die Akzeptanz von schweizerischen Angeboten beim Publikum zu fördern und Investitionen in Inhalte und Infrastruktur zu ermöglichen. So wird gewährleistet, dass der Standort Schweiz auch in Zukunft noch über eine Informationsgesellschaft verfügt, die international einigermassen mithalten kann. Will die Schweiz weiterhin eine eigenständige Stimme in der globalen Kommunikationswelt sein, tut sie gut daran, ihre Stärken zu pflegen.

Wer soll das bezahlen?

Der Entwurf für das neue RTVG hat finanzielle Konsequenzen. Neue inhaltliche Auflagen wie Quoten, eingeschränkte Einnahmemöglichkeiten wie das allfällige Verbot von Sponsoring beim Radio, Mehrkosten für die Administration und zusätzliche Mittel für das Gebührensplitting summieren sich. Die SRG SSR geht beim Stand der Diskussion Ende April 2003 von Mehrausgaben und Mindereinnahmen von rund 70 Millionen Franken aus. Nicht berücksichtigt in den Kalkulationen sind die Investitionen, die in den nächsten zehn Jahren getätigt werden sollten wie beispielsweise die Digitalisierung der Verbreitung von Radio- und Fernsehprogrammen. Auch die Möglichkeiten des Internets muss der Service public in einer sinnvollen Form nutzen, damit die aktuellen Ansprüche und Bedürfnisse des Publikums befriedigt werden können.

Auf die Frage, wer all die Zusatzkosten bezahlen soll, sind heute zwei schnelle Antworten die Regel. Entweder soll die SRG SSR die entsprechenden Mittel abgeben und einsparen, oder die Gebührenzahler sollen zur Kasse gebeten werden. In beiden Fällen ist jedoch nicht mehr viel zu holen. Für die SRG SSR stellt sich die schwierige Aufgabe, in einer dynamischen und harten internationalen Medienkonkurrenz mit rückläufigen Einnahmen bestehen zu können. In der aktuellen Lage ist für sie Konsolidierung ein anspruchsvolles Ziel, Neues kann nur mit Verzicht auf auch bewährtes Altes realisiert werden.

Gebührenerhöhungen sind ebenfalls eine Massnahme, die sehr zurückhaltend ergriffen werden sollte. Heute bezahlt ein Haushalt 450.30 Franken Empfangsgebühren pro Jahr. Eine empfindlich höhere Belastung würde mit Sicherheit die Akzeptanz der Gebühren gefährden. Gebührenerhöhungen werden zudem immer häufiger mit Finanzierungsbedarf in Bereichen begründet, die nicht mehr

direkt mit Radio- und Fernsehprogrammen verknüpft sind. Anfang 2003 wurden die Gebühren erhöht, um die Gebührenbefreiung der Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen zu AHV/IV zu finanzieren, eine rein sozialpolitische Massnahme. Gebührengelder sollen zunehmend auch in die Medienverwaltung und Forschung fliessen, und das Gebührensplitting zugunsten von regionalen Veranstaltern wird letztlich auch vom Publikum berappt.

Idée suisse und Idée regionale gemeinsam stärken

Der Standpunkt der SRG SSR für das neue RTVG ist eindeutig: Die Schweiz braucht eine klare und offene Medienordnung, damit sie auch in Zukunft ihr Publikum mit eigenständigen attraktiven Programmangeboten versorgen kann. Nur dank der Mischfinanzierung durch Gebühren und kommerzielle Einnahmen ist ein hochstehendes Angebot für alle vier Sprachregionen möglich. Diese beiden Ressourcen müssen deshalb sorgfältig bewirtschaftet werden: Die Gebühreneinnahmen, in dem das Publikum weiterhin ein angemessenes Angebot für einen fairen Preis erhält, die wirtschaftlichen Einnahmen, in dem die unternehmerischen Spielräume mindestens im Rahmen der europäischen Regelungen gewährleistet werden. Eine klare Medienordnung ist die Voraussetzung für wirtschaftlich verantwortliches Handeln und publizistisch erfolgreiche Angebote. Funktioniert dieses Zusammenspiel, werden die Schweizerinnen und Schweizer auch in Zukunft noch mit Vorliebe einheimische Radio- und Fernsehprogramme nutzen und bezahlen.

